



Antrag: „BAföG für Alle“ Kampagne

Antragssteller*innen: SDS – Sozialistisch Demokratischer Studierendenverband

Antragstext:

Das Studierendenparlament möge beschließen, die bundesweite „BAföG für Alle“ Kampagne zu unterstützen und das Hochschulpolitische Referat des AStA mit einer medialen und personellen Unterstützung zu beauftragen. Des Weiteren wird das Referat beauftragt, die Kampagne in der Studierendenschaft zu verankern, indem sie in den F3V Sitzungen regelmäßig über aktuelle Entwicklungen der Kampagne informiert und die Teilnehmenden der unterschiedlichen Fachschaften zur aktiven Mitgestaltung an dieser anregt.

Der AStA wird deshalb beauftragt, sich in dem Kampf um das „BAföG für Alle“ proaktiv zu beteiligen und diesen zu einer maßgeblichen Kampagne der jetzigen Legislatur mit folgenden Forderungen festzulegen:

Mindestens 1200€ monatlich und inflationsangepasst, weil Studierende geistige Arbeiter*innen sind, deren Arbeit materiell bedarfsgerecht unterlegt sein muss, damit alle durch Bildung und Wissenschaft ihr volles Potenzial zur Verbesserung der Welt entfalten können.

Rückzahlungsfrei, weil jeder ins BAföG investierte Euro auch nach neoliberaler Marktlogik eine Investition in die Volkswirtschaft darstellt, doch absurderweise trotzdem von den politischen Akteuren nicht gewollt ist. Stattdessen wird der von der arbeitenden Klasse kooperativ geschaffene Reichtum zum Wohle der Herrschenden in Offshore-Steuerparadiesen oder spekulativen Kapitalanlagen gehortet und damit der Volkswirtschaft entzogen.

Unbefristet, weil kooperatives und produktives Lernen von Zeit- und Leistungsdruck nur eingeschränkt wird. Weil das neoliberale Dogma von „Fördern und Fordern“, dass der Mensch von Natur aus faul sei, gründlich widerlegt und zu beenden ist. Denn der Mensch realisiert sein Menschsein durch Arbeit und jegliche Form schaffender Tätigkeit, also die bewusste, kooperative Gestaltung und Aneignung seiner gemeinschaftlichen Lebensbedingungen.

Altersunabhängig, weil Lernen keine Frage des Alters ist. Im Gegenteil: Lebenslanges Lernen ist bedeutsam für Arbeit und Gesellschaft, sowie als grundlegendes Menschenrecht dringend zu verwirklichen.

Elternunabhängig, weil es um die Förderung allseitiger Emanzipation geht, und dafür die Studienförderung öffentlich statt privat gestaltet sein muss. Studierende aus reichem Elternhaus müssen aus der Abhängigkeit von ihren Eltern entlassen werden, die sich auch ideologisch niederschlägt und zur Reproduktion der Elite beiträgt. Reiche Eltern sollen nicht "ihren", sondern allen Kindern das Studium finanziell ermöglichen, indem sie angemessene Steuern zahlen.

Herkunftsunabhängig, weil Bildung eine international kooperative Angelegenheit ist. Wissenschaft kennt keine Grenzen. Angesichts dessen, dass der Reichtum hierzulande auf Jahrhunderten des Kolonialismus und gewaltsamer Ausbeutung des globalen Südens beruht, ist die Bildungsförderung Studierender aus aller Welt elementares Recht und ein Minimum. Zur Lösung der globalen Probleme, die nun mal mehrheitlich die Industrienationen geschaffen haben, braucht es internationalen Austausch und Wissensverbreitung sowie -vermehrung geben.

Das Präsidium wird gebeten, die Begründung in den Beschlusstext mit aufzunehmen.

Begründung:

Der Kampf um die gesellschaftliche Gestaltung ist keiner, welcher seinen Austragungsort im Bundestag und der parlamentarischen Parteienlandschaft findet und finden sollte. In erster Linie fällt der Universität die Aufgabe zu, emanzipierend zu wirken und dies in die Gesellschaft zu tragen. Das neoliberale System führt zu einer egoistischen und leistungsbezogenen Gesellschaft, versucht dem Menschen seine soziale Natur zu rauben und sorgt für eine Entfremdung seiner selbst in Wirtschaft, Politik und im privaten Raum. Dem kann nur unter Einbezug der freien und human gestalteten Wissenschaft Einhalt geboten werden. Die Universitäten spielen eine bedeutende Rolle bei der Bildung einer emanzipativen Kraft hin zu einer befreiten Gesellschaft, deshalb ist jeder Studierende und Forschende essentiell dafür durch sinnstiftende und kooperative Lern- und Erkenntnistätigkeit zur Schaffung global menschenwürdiger Lebensbedingungen beizutragen – fernab vom Bulimie-Lernen, blutigen Ellenbogen, kulturellem Normierungsdruck und strukturellen Benachteiligungen. Diese Grundlage kann jedoch nicht in einem verschulden System entstehen, in welchem Studierenden verwehrt wird, das Studium einer kritischen Lehre als ihre Hauptaufgabe verstehen zu können, sondern stattdessen die für den Unterhalt notwendigen Nebenjobs, um das Studium überhaupt erst finanzieren zu können. Das akute Armutrisiko vieler Studierender zwingt sie zu einer schnellen Absolvierung des Studiums, ohne sich wirklich kritisch und ausführlich mit dem Gelernten auseinanderzusetzen. Stattdessen gleicht das Studium einer Schnellausbildung mit dem einzigen Anspruch, Humankapital schnell dem Arbeitsmarkt zur Verfügung zu stellen und das Bestehende unhinterfragt zu reproduzieren. Zudem führen die finanziellen Hürden dazu, dass Hochschulen nicht für alle zugänglich sind und tragen damit weiter zur Elitenbildung bei.

Das BAföG als sozialstaatliche, mit Rechtsanspruch versehene, umfassende Studienförderung ist ein von Studierenden und Auszubildenden erkämpfter gesamtgesellschaftlicher sozialer

Fortschritt. Die staatliche Ausbildungsförderung in der derzeitigen Form verletzt jedoch das elementare Grundrecht auf Bildung und Sozialstaat auf eklatante Weise: 77 % der Studierenden, die nicht im Elternhaus wohnen, leben trotz Nebenjobs etc. unter der Armutsgrenze (vgl. in der Gesamtbevölkerung: 14%) – Tendenz steigend (vgl. Statistisches Bundesamt, August 2024). Der Anspruch kann also nicht eine einfache Erhöhung der bestehenden BAföG Sätze sein, um die Studierenden mit einigen wenigen Brotkrumen zufrieden zu geben, sondern die komplette Überarbeitung des BAföGs.

Dass eine solch grundlegende Sozialreform politisch unerwünscht ist, legt auch der kürzliche Beschluss des Bundesverfassungsgerichts offen. Eine Psychologiestudentin klagte, dass ihr BAföG-Satz 2014/2015 zu niedrig war, um davon leben zu können. Das Bundesverfassungsgericht hat nun beschlossen, dass das Recht auf Bildung (Art. 12 GG) nicht vor gesellschaftlichen Ungleichheiten schütze, arme Studierende hätten deshalb keinen Anspruch auf eine bedarfsdeckende sozialstaatliche Förderung. Ebenso sei bei einem möglichen Studienabbruch aufgrund der prekären Situation die Menschenwürde nicht verletzt, denn man könnte auch einfach arbeiten gehen. Dass das Studium aber selbst gesellschaftlich notwendige Arbeit ist, wird dabei völlig verdreht: Ein sozial sinnvolles Studium wird unmöglich, wenn die Studierenden ihren eigentlichen Arbeitsplatz im Hörsaal verlassen müssen, um andernorts für Mindestlohn schuften zu gehen. So trägt das Urteil des Bundesverfassungsgerichts die tiefen Narben der „Zeitenwende“-Politik des deutschen Imperialismus: Militarisierung und Schuldenbremse verletzen die Grund- und Menschenrechte zutiefst. Die Aufrüstungspolitik entspringt einem rechten Narrativ, welches vom Parteienspektrum von AfD bis Bündnis 90/ Die Grünen bedient wird. Dies führt zu Forderungen, die nur unter Kürzung und Einsparung in Bildung und Sozialem stattfinden können. Soziale Verbesserungen sind somit nur zu erreichen, in klarer Gegnerschaft zur massiven Aufrüstung. Auch eine Forderung nach einer sozialen Absicherung der Studierenden und eine Forschung, die auf den Zweck zum Fortschreiten der Menschheit in eine humanistische Welt ausgelegt ist, kann nur mit der Forderung nach Entmilitarisierung und der Beendigung imperialistischer Einflussnahme in Form von Kriegen und destruktiver Machtpolitik einhergehen. Die derzeitige deutsche Politik strebt jedoch genau das Gegenteil an. Dass die unzureichenden finanziellen Staatsmittel für Bereiche wie Soziales oder Bildung ein absichtlich von Politikern geschaffener Umstand sind, zeigen auch die neuen Sondervermögen für Rüstung und militärische Infrastruktur. Diese machen deutlich, dass die Schuldenbremse entgegen bisheriger Behauptungen durchaus aufgehoben werden kann, solange es zur Aufrechterhaltung derzeitiger Machtverhältnisse dient. Ein „BAföG für Alle“ hingegen stellt aus wirtschaftlicher Sicht eine massive Investition dar, da es aufgrund der nahezu ausschließlichen Konsumausgaben Studierender sogar refinanziert werden würde. Es sollte klar werden, dass ein „Bafög für Alle“ KEINE utopische Forderung ist, sondern auf dem Fundament realer Begebenheit gebaut ist.

So ist der Kampf um das BAföG für alle vor allem ein Kampf um die Fokussierung auf die Probleme, Interessen und Gestaltungsmöglichkeiten der arbeitenden Klasse und der unterdrückten Völker dieser Erde in Wissenschaft und Studium. Kritische Wissenschaft kann den Weg einer dringend benötigten friedenspolitischen Entspannung, Ansätze für eine nachhaltige Entwicklung und umfassende Demokratisierung der Wirtschaft aufzeigen und das zivile Zusammenleben fördern. Die Geschichte lehrt uns dabei, dass kritische Wissenschaft

nicht zufällig dem Kopf von Einzelpersonen entspringt, sondern wesentlich dem Impuls gesellschaftlicher Protestbewegung folgt. Das „BAföG für Alle“ soll uns Studierenden die materiellen Bedingungen dafür geben, um den Inhalt von Forschung und Lehre und damit für das befreiende Potenzial der Wissenschaft streiten zu können. Das ist gleichbedeutend mit der Demokratisierung der Hochschulen: Im Inneren, durch Viertelparität, Interdisziplinarität und forschendes Lernen; und nach Außen, in dem die Freiheit der Hochschulen von Großkapital und Militär-Industrie-Komplex und für Friedenswissenschaft entwickelt, und parteilich im Interesse und Austausch mit fortschrittlichen sozialen Kräften (Gewerkschaften, soziale Bewegungen, Zivilgesellschaft, internationale Organisationen) genutzt wird.

Auf reaktionäre Forderungen, wie die nach der Wiedereinführung der Studiengebühren (erst kürzlich von einer „Wirtschaftsweisen“, RCDS und LHG aufgewärmt), kann nur mit dem Kampf um soziale Verbesserungen geantwortet werden! Somit ist die Kampagne zentral auf das Aufrichten aller, statt auf das individuelle Überwasserhalten im neoliberalen Kapitalismus gerichtet.